

Syrien-Sanktionen unter der Lupe

Von Jens-Martin Rode



Zusammenfassung:

Angesichts der beginnenden Amtszeit von US-Präsident Joe Biden werden derzeit wieder vermehrt Aufrufe laut, die ökonomischen Syrien-Sanktionen gegen das Regime von Baschar al Assad aufzuheben. Mit im wesentlichen gleichlautenden offenen Briefen richten aktuell Personen und Institutionen vor allem aus konservativen christlichen Kreisen und Kirchen die Forderung an verschiedene Regierungen, die Syrien-Sanktionen bedingungslos zu streichen. Dabei geben sie vor, im Namen der notleidenden syrischen Bevölkerung zu handeln und treten gar als Stimme syrischer Christ*innen und Kirchen, Hilfsorganisationen oder Menschenrechtsorganisationen auf. Prominent tritt hier das sonst eher wenig bekannte christliche Hilfswerk "Christian Solidarity International" (CSI) auf. Derzeit läuft geradezu eine international orchestrierte Kampagne gegen die Syrien-Sanktionen mit dem klaren Ziel, dass Assad-Regime zu rehabilitieren und die Durchsetzung der Rechenschaftspflicht (accountability) für die massenhaften Menschenrechtsverbrechen zu erschweren.

Zahlreiche syrische Persönlichkeiten, sowie Initiativen und Organisationen widersprechen dem vehement und schaffen in verschiedenen Statements Klarheit in der Debatte. Folgender Beitrag versucht, anhand von Stellungnahmen renommierter syrischer Menschenrechtsorganisationen und Advocacy-Initiativen einen Überblick über das Thema und die Debatte zu geben.

Inhalt:

- Appelle, Statements und Positionspapiere: Wer schreibt was?
- Christen des Orients widersprechen Kirchenfürsten: Keine Aufhebung der Syrien-Sanktionen!
- Hintergrund: Wer fordert aktuell die Syrien-Sanktionen aufzuheben und warum?
- Worum geht es bei den Syrien-Sanktionen?
- Hat sich die UN gegen die Syrien-Sanktionen ausgesprochen?
- Wie schätzen Initiativen der syrischen Zivilgesellschaft die Syrien-Sanktionen ein?
- Quellen

Appelle, Statements und Positionspapiere: Wer schreibt was?

In der Debatte über die Syrien-Sanktionen haben sich in der jüngsten Vergangenheit zahlreiche Stimmen zu Wort gemeldet. Anlässlich der aktuellen CSI-Kampagne konservativer christlicher Kreise seien hier exemplarisch einige dieser Positionen gegenübergestellt:

Gegen die Syrien-Sanktionen und zu Gunsten des Assad-Regimes:	Differenzierte Position zu den Sanktionen mit konkreten Forderungen aus der Zivilgesellschaft
“Syrien: Allianz gegen Wirtschaftssanktionen” (SCI, 21. Januar 2021)	Statement arabischer Christen gegen die Aufhebung der Syrien-Sanktionen (CCA, 10. Februar 2021)
”OHCHR US must remove sanctions and allow Syria to rebuild – UN expert“ (Alena Douhan, 29. Dezember 2021)	“Syrian Organizations Respond to the UN Special Rapporteur on Unilateral Coercive Measures” (SJAC, 26. Januar 2021)
	“A Position of Syrian Civil Society Organisations on The Sanctions Imposed on Syria” (SNHR, 8. April 2020)

Christen des Orients widersprechen Kirchenfürsten: Keine Aufhebung der Syrien-Sanktionen!

In einem am 10.02.2021 auf der Website des Lebanese Center for Research and Studies veröffentlichten und unter dem Logo des Congrès des Chrétiens Arabes herausgegebenen offenen Briefes an den neuen US-Präsidenten Joe Biden stellen zahlreiche Persönlichkeiten aus dem Spektrum der syrischen und arabischen christlichen Öffentlichkeit wesentliche Punkte in der neu aufkommenden Debatte um die Syrien-Sanktionen klar:

Anstatt die Syrien-Sanktionen gegen Mitglieder des kriminellen Assad-Regimes aufzuheben fordern sie als einzig richtige ethische Haltung, die Strafen für Kriegsverbrecher noch auszuweiten und der syrischen Bevölkerung endlich mit wirksamen Mitteln beizustehen und ihr Leiden zu beenden. (CCA, 2021)

Die unterzeichnenden syrischen und orientalischen Christen, unter ihnen zahlreiche Vertreter*innen der syrischen Opposition und Dissidenten, machen deutlich, dass das Leid der syrischen Bevölkerung dann ein Ende findet, wenn das syrische Regime gezwungen ist,

- ... die Aufsicht über Hilfslieferungen zu internationalisieren und die Monopolisierung und Korruption humanitärer Hilfe etwa durch den syrischen Roten Halbmond oder den von der Präsidentengattin Asma Al Assad geführten “Syria Trust for Development” zu beenden.
- ... entgegen dem russischen Veto die grenzüberschreitende humanitäre Hilfe in Gebiete, die nicht vom Assad-Regime kontrolliert werden, wieder über vier, statt über zwei Grenzübergänge zuzulassen.
- ... die politischen Gefangenen freizulassen, über das Schicksal der vermissten Inhaftierten aufzuklären und internationalen Organisationen z.B. zwecks Impfkampagnen den freien Zugang zu Haftanstalten zu gewähren.
- ... angesichts der erwiesenen Unfähigkeit des syrischen Regimes das Covid-19-Management in die Hand von internationalen Organisationen zu geben und
- ... umgehend den Weg für eine politische Lösung für Syrien in Anlehnung an die UN Sicherheitsrats-Resolution Nr. 2254 frei zu machen.

Der Offene Brief ist eine Erwiderung und scharfe Abgrenzung zu einer zuvor von der Organisation “Christian Solidarity International (CSI)” am 21. Januar 2021 gestarteten Kampagne, die von regimenahen syrischen Kirchenvertretern und zahlreichen Persönlichkeiten aus kirchlichen Kreisen in Europa unterzeichnet wurde. Im offenen Brief machen syrische oppositionelle Christen unmissverständlich klar, dass eine Parteinahme für das Assad-Regime und das Lobbying für die Aufhebung der Syrien-Sanktionen alles andere als im Interesse der syrischen Bevölkerung ist. Deshalb wird die CSI-Kampagne auch von keinen namhaften christlichen Funktionsträgern außerhalb der Einflussphäre des Assad-Regimes unterstützt. (CCA, 2021)

Ausgiebig verweisen die Verfasser der Stellungnahmen auf die jahrelangen, vielfachen und gut dokumentierten Massenverbrechen des Regimes an der eigenen Bevölkerung, sowie die permanente Monopolisierung und Instrumentalisierung humanitärer Hilfe durch das Regime.

Ihr Fazit: Die Hauptursache für die schreckliche humanitäre Situation in Syrien liegt nicht an einem Mangel an Unterstützung, sondern am vom Regime betriebenen Missbrauch internationaler Hilfe. (CCA, 2021)

Hintergrund: Wer fordert aktuell die Syrien-Sanktionen aufzuheben und warum?

Angesichts des Regierungswechsels in den USA setzen zahlreiche dem Assad-Regime nahestehende Akteure offensichtlich auf ein Möglichkeitsfenster (window of opportunity) für eine Neuausrichtung der westlichen Syrienpolitik. So ist es zu verstehen, dass die Organisation "Christian Solidarity International (CSI)" derzeit einen "dramatischen Aufruf" an den US Präsidenten Joe Biden unter dem Vorwand der angeblichen "Verbesserung der katastrophalen humanitären Situation der Bevölkerung Syriens" richtet und eine Kampagne mit entsprechenden "Pressemeldungen und Schreiben an Politiker in Deutschland, Frankreich, Großbritannien und weiteren Staaten" voranbringt (CSI, 2021a). Parallel läuft eine online-Petition, die in kurzer Zeit von vielen tausend Menschen weltweit unterschrieben wurde.

Dabei stellt CSI offenkundige Falschbehauptungen auf: So spiegele die zentrale Forderung der Kampagne nach einer Aufhebung der Syrien-Sanktionen angeblichen einen

"(...) wachsenden Konsens innerhalb der Gemeinschaft der Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen wider, der besagt, dass diese Form der kollektiven Bestrafung der Zivilbevölkerung Syrien in eine noch nie dagewesene humanitäre Katastrophe führt." (CSI, 2021a)

Mit Verweis auf die tatsächlich vorhandene katastrophale Wirtschaftslage sei das Land am Rande eines "Massensterbens durch Hunger" (CSI, 2021a):

"Millionen von bedrängten Syrern werden heute hungrig und frierend zu Bett gehen. Von den USA verhängte einseitige Zwangsmaßnahmen verschlimmern die Wirtschaftsmisere der syrischen Bevölkerung." (CSI, 2021a)

Maßgebliche Quelle für die Ausführungen der CSI ist ein Appell der "UN-Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zu den negativen Auswirkungen der einseitigen Zwangsmaßnahmen", Prof. Alena Douhan, die "(...) komplexen Wirtschaftssanktionen aufzuheben, die der Bevölkerung Syriens schweren Schaden zufügen." (CSI, 2021a)

Laut CSI stellt die Sonderberichterstatterin fest, >>dass die US-Sanktionen „die Menschenrechte der syrischen Bevölkerung verletzen“ und „die bereits schreckliche humanitäre Situation in Syrien, besonders im Verlauf der COVID-19-Pandemie, verschärfen“, indem sie Nothilfe, Handel und Investitionen verhindern, die notwendig sind für das Funktionieren des syrischen Gesundheitssystems und der Wirtschaft.<< (CSI, 2021a)

Deshalb müssten die Syrien-Sanktionen sofort aufgehoben werden. Christian Solidarity International (CSI) versteht sich nach eigenem Bekunden als “christliche Menschenrechtsorganisation für Religionsfreiheit und Menschenwürde” (CSI, 2021b). Sie gehört zum Spektrum der christlichen Organisationen, nach deren Bekunden “Christen (...) weltweit am meisten unter der Behinderung der Religionsfreiheit, Diskriminierung und blutiger Verfolgung leiden” (CSI, 2021b). Gemessen an Größe und Relevanz ist CSI auch im kirchlichen Spektrum eher eine Nischenorganisation. Sie ist, was diese Kampagne zeigt, aber offensichtlich gut vernetzt, und ihre Forderungen erreichen über erkonservative katholische und evangelikale kirchliche Medien einen breiteren Kreis an Leser*innen.

Hinsichtlich der von CSI hochgehobenen Priorität der Religionsfreiheit legt die Organisation an das eigene Handeln aber andere Maßstäbe an: CSI stand in der Vergangenheit bereits in der Kritik wegen seiner Kernkompetenz der ungebetenen Zusendung christlich motivierter Zuschriften im Bereich der “Islamkritik”. Hier liegt die Vermutung nahe, dass die auffallend starke Bezugnahme auf kirchliche Strukturen in Syrien, die dem Assad-Regime treu ergeben sind, einen Grund hat: Das von Assad sorgsam gepflegte Framing vom angeblich “säkularen” Staat, der die Christen und ihr kulturelles Erbe vor den Islamisten beschütze, verfängt bei evangelikalen und konservativen Christen besonders leicht.

Worum geht es bei den Syrien-Sanktionen?

Bei den Syrien-Sanktionen handelt es sich um ein ebenso breites, wie spezifisches ökonomisches Maßnahmenpaket, welches einerseits die Europäische Union, andererseits die Vereinigten Staaten von Amerika als Reaktion auf die brutale Niederschlagung des zivilen Aufstands in Syrien ab 2011 in Kraft gesetzt hatten. Obwohl die Syrien-Sanktionen humanitäre und medizinische Hilfe explizit ausklammern, werden sie wegen möglicher indirekter negativer Folgen für die Zivilbevölkerung verstärkt auch kritisch diskutiert. Diesen Umstand machen sich Apologeten des Assad-Regimes zunutze, um den Syrien-Sanktionen des Westens eine, wenn nicht sogar die Hauptverantwortung für die real vorhandene wirtschaftliche Katastrophe in Syrien zuzuschreiben.

Mit einem 42-seitigen Bericht “Sanctions, the Caesar Act, and COVID-19 in Syria” bietet das “Syria Justice and Accountability Centre (SJAC)” als Menschenrechtsorganisation einen Überblick über die Tragweite der Syrien-Sanktionen und führt, basierend auf Interviews mit Experten, Analysten und Organisationen, die im humanitären und medizinischen Sektor in

Syrien tätig sind, eine Bewertung des dringenden Bedarfs in Syrien durch. Anstatt die Aufhebung der Syrien-Sanktionen zu fordern, stellt das SJAC diese in den Kontext tatsächlicher Erfordernisse und stellt konkrete Forderungen, was hinsichtlich Lizenzen und humanitärer Ausnahmen verbessert werden muss:

Die Syrien-Sanktionen der EU und der USA sind die umfassendsten, die jemals in Kraft gesetzt worden sind. Sie sind eine Reaktion auf die anhaltenden Massenverbrechen des syrischen Regimes seit Frühjahr 2011 und der wiederholten Blockade des UN Sicherheitsrates durch Russland und China, wirksame internationale Maßnahmen gegen die Täter von Menschenrechtsverbrechen auf UN-Ebene einzuleiten (SJAC 2020, 11f). Bei den Syrien-Sanktionen sind verschiedene Bereiche zu unterscheiden:

- A. Die in Kraft gesetzten **US-Sanktionen** sind eine Mischung aus pauschalen (sektoralen) und gezielten Sanktionen. Die pauschalen Sanktionen unterbinden bestimmte festgelegte Transaktionen mit Syrien, während die gezielten Sanktionen Vermögenswerte und Finanzen des syrischen Regimes einfrieren. Dies betrifft aber auch das Vermögen von Personen, Körperschaften und Institutionen, die dem syrischen Regime nahestehen sowie Investments, Güterexport, Ölimport und die Finanzierung entsprechender Tätigkeiten. (SJAC 2020, 11f)
- B. Ebenso hat die **EU Sanktionen** gegen Syrien erlassen und erneuert diese seit 2011 im Jahresrhythmus. Genau wie die US-Sanktionen bestehen sie aus gezielten und sektoralen Sanktionen. Die sektoralen Sanktionen betreffen den Import von Öl, Restriktionen bei Investitionen, das Einfrieren von Vermögenswerten auch z.B der syrischen Zentralbank und Restriktionen, die den Export nach Syrien z.B. von Überwachungstechnologie verhindern. Die gezielten Sanktionen richten sich mit Einfrieren des Vermögens und Einreiseverboten gegen einen Kreis von knapp 300 Personen und etwas 70 Körperschaften, die dem syrischen Regime nahestehen. (SJAC 2020, 12)

Die Syrien-Sanktionen richten sich nicht gegen die syrische Bevölkerung und klammern explizit humanitäre und medizinische Hilfe aus. Dafür gibt es ein System der Ausnahmegenehmigung und Lizenzierung auf der Basis von pauschalen Lizenzen und Lizenzen nach Einzelfallprüfung insbesondere für den Bedarf der NGOs, humanitären Hilfsprojekten, Demokratie- und Bildungsprogrammen, nichtkommerzielle Entwicklungsprogramme und Initiativen, die sich der Bewahrung des kulturellen Erbes widmen.

Das Sanktionsregime, welches derzeit am häufigsten diskutiert wird, ist der im Juni 2020 in Kraft getretene "Caesar Syrian Civilian Protection Act" (**Caesar Act**), welcher nach dem syrischen Militärfotografen mit dem Decknamen "Caesar" benannt ist, der tausende Fotografien von Folteropfern aus syrischen Foltergefängnissen ins Ausland geschmuggelt hatte. Beim Caesar Act handelt es sich primär um zielgerichtete Sanktionen der USA gegen Personen, die vom syrischen Regime profitieren, aber auch - und das ist entscheidend - gegen Dritte, die mit dem syrischen Regime Handel treiben und Geschäfte machen. Dabei geht es vorrangig um

Infrastrukturprojekte, Wartung von Militärgerät und die Energieproduktion. Auch beim Caesar Act existieren weitreichende Ausnahmen im Bereich humanitärer Hilfe. (SJAC 2020, 13)

Ausdrücklich betont das SJAC in seiner Studie, dass der Caesar Act vom US Präsidenten sofort aufgehoben werden kann, wenn das syrische Regime sieben Kriterien erfüllt:

1. Sofortige Einstellung der Angriffe auf Zivilisten durch die syrische und russische Luftwaffe im syrischen Luftraum.
2. Gebiete, die nicht unter der Kontrolle des Regimes stehen haben freien Zugang zu humanitärer Hilfe, Verkehr und medizinischer Versorgung.
3. Das syrische Regime lässt alle politischen Gefangenen frei und ermöglicht freien Zugang zu den Haftanstalten.
4. Das syrische Regime beendet unverzüglich die Angriffe auf Krankenhäuser, Schulen, Wohngebiete und andere zivile Ziele.
5. Das syrische Regime unternimmt glaubhafte Schritte in Hinblick auf die Unterzeichnung internationaler Abkommen betreffend der Vernichtung von Massenvernichtungswaffen.
6. Das syrische Regime ermöglicht die sichere, freiwillige und würdevolle Rückkehr von Vertriebenen.
7. Die syrische Regierung unternimmt glaubhafte Schritte in Richtung strafrechtlicher Verfolgung von Kriegsverbrechern und Gerechtigkeit für die Opfer der vom Assad-Regime begangenen Verbrechen.

Das syrische Regime und seine Unterstützer schieben bei ihrer Forderung nach Aufhebung der Sanktionen gerne die Sorge um das Wohl der Bevölkerung in Syrien vor. Dieses ist solange ungläubwürdig, wie das Regime und seine Unterstützer keinerlei Anstalten machen, die obenstehenden Kriterien zu erfüllen. (SJAC 2020, 14)

Hat sich die UN gegen die Syrien-Sanktionen ausgesprochen?

Die Antwort ist ein klares Nein: Assad-Unterstützer berufen sich aktuell gern auf einen Appell der "Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen zu den negativen Auswirkungen der einseitigen Zwangsmaßnahmen", Prof. Alena Douhan, von Ende Dezember 2020 an die USA. Laut diesem Appell verletzen die Syrien-Sanktionen angeblich die fundamentalen Rechte der syrischen Bevölkerung angesichts der katastrophalen Situation nach zehn Jahren Konflikt. Sie könnten vor allem ausländische Akteure treffen, die sich am dringend notwendigen Wiederaufbau des verwüsteten Landes beteiligten und gefährden damit auch die Arbeitsplätze, die durch das Engagement ausländischer Akteure in Syrien entstehen. Die Sanktionen stünden dem Recht der Menschen auf eine menschenwürdige Unterkunft im Wege und verhinderten insbesondere angesichts der COVID-19 Pandemie den Aufbau humanitärer Infrastruktur. Die Syrien-Sanktionen verschlimmerten somit die humanitäre Katastrophe. (Douhan, 2020)

“The U.S. government must not put obstacles in the way of rebuilding of hospitals because lack of medical care threatens the entire population's very right to life.” (Douhan, 2020)

Alena Douhan zieht auf Grund der Reichweite der Maßnahmen in Zweifel, dass die Syrien-Sanktionen überhaupt völkerrechtskonform sind und kritisiert insbesondere die Maßnahmen gegen die syrische Staatsbank (Douhan, 2020). Zum Appell von Alena Douhan muss zur Einordnung jedoch Folgendes festgehalten werden:

- Der Appell listet eine Reihe von Behauptungen auf. Zu keiner dieser Behauptungen liefert Alena Douhan eine nachvollziehbare Begründung oder einen Beleg.
- Der Appell lässt vollkommen außer Acht, dass gerade die vorhandenen Wiederaufbauprogramme des syrischen Regimes durch die damit einhergehenden Enteignungen massiv gegen Menschenrechte verstößt.
- Als “UN-Sonderberichterstatterin” über die negativen Auswirkungen der Sanktionen bekleidet Alena Douhan kein offizielles Amt der Vereinten Nationen. Die Tätigkeit als Sachverständige findet auf rein ehrenamtlicher Basis statt. Das Gremium, von dem sie beauftragt wird, ist der Menschenrechtsrat der UN. Dieser ist weder “die” UN , noch der Sicherheitsrat, sondern ein Unterorgan der Generalversammlung, das aus 47 nach Regionen gewählten Mitgliedern besteht.
- Der Menschenrechtsrat steht häufig wegen einseitiger Stellungnahmen in der Kritik. Zudem gehören ihm auch bei wechselnder Besetzung überwiegend Staaten an, die selbst schwere Menschenrechtsverbrechen begehen. Diese haben kein ausgeprägtes Interesse daran, die Menschenrechtssituation zu verbessern, wenn das in der Konsequenz auch das eigene Regierungshandeln betreffen könnte.
- Alena Douhan ist Professorin aus Belarus und lehrt an staatlichen Universitäten. Allein die Tatsache, dass auch der Diktatur in Belarus wegen Wahlfälschung und der aktuellen Unterdrückung der Bürgerproteste und Demokratiebewegung weitreichende Sanktionen in Aussicht stehen, macht ihren Appell gegen Sanktionen unglaubwürdig. Der Appell ist offenkundig politisch motiviert auch in Hinblick auf die Abwendung möglicher Sanktionen gegen das eigene Land.

Wie schätzen Initiativen der syrischen Zivilgesellschaft die Syrien-Sanktionen ein?

In einem bei der syrisch geleiteten Advocacy-Initiative “Syria Justice and Accountability Centre (SJAC)” veröffentlichten gemeinsamen Statement vom 26.01.2021 widersprechen acht namhafte syrische Organisationen direkt dem Appell von Alena Douhan. Darin benennen sie tatsächlich existierende kritische Punkte in Hinblick auf die Sanktionen und präsentieren konkrete Lösungsmöglichkeiten.

Der Appell von Alena Douhan geht ihnen zufolge an der Realität in Syrien komplett vorbei. Ihrer Meinung nach ist es gefährlich, die Sanktionen für den Zusammenbruch der

Gesundheitsversorgung in Syrien verantwortlich zu machen, und nicht die systematischen Angriffe des syrischen Regimes auf Krankenhäuser und das medizinische Personal. Nicht die Sanktionen haben viele Syrerinnen und Syrer heimatlos gemacht, sondern die Vertreibungen und Enteignungen durch das Regimes. Wiederaufbauprogramme des Regimes dienen einer Entrechtung und sozialen Umgestaltung der Bevölkerung (demographic engineering) und belohnen mit Luxusprojekten wie Marota-City die eigene Anhängerschaft anstatt den Bedürfnissen der Bevölkerung Rechnung zu tragen:

>>The statement by the UN Special Rapporteur, Alena Douhan, fundamentally misattributed blame for the dire state of human rights in Syria. In her view, US financial sanctions and trade embargoes have violated human rights and worsened the COVID-19 situation by “depriving the Syrian people of the chance to rebuild their basic infrastructure.” This argument dangerously presumes that sanctions are the reason for the country’s broken health care system, for example, rather than the Syrian government’s systematic attacks on hospitals and medical workers; or that sanctions have rendered Syrians homeless, instead of the Syrian government’s long-standing campaign of expropriating civilian property. (...) More broadly, the Special Rapporteur’s statement fails to understand that official reconstruction efforts in Syria function to reengineer territory demographically and to enrich government elites economically. To simply release reconstruction funds without evidence of the government’s commitments to human rights, as the Special Rapporteur called for, would not make Syria safe for refugees to return. Rather, it ignores evidence that the Syrian government channels relief aid to loyalists and prioritizes FDI-driven luxury real estate projects, like Marota City, above general economic and social rehabilitation. US sanctions have halted progress on these projects, which if completed would further violate the human rights of the Syrian people.<< (SJAC, 2021)

Allerdings haben laut SJAC die Sanktion in der Praxis tatsächliche gravierende Folgen für die syrische Bevölkerung: Oft wird ignoriert, dass „gezielte“ Sanktionen immer noch indirekt ganze Wirtschaftssektoren betreffen, die für die Grundbedürfnisse der Zivilbevölkerung von entscheidender Bedeutung sind. Zum Beispiel hat das Verbot des Transports von Kraftstoff die Fähigkeit der Syrer behindert, ihre Häuser zu heizen und Medikamente zu bevorraten. Während die von Sanktionen betroffenen Personen und Organisationen in der Lage sind, solche Maßnahmen durch ihren Zugang zum Schwarzmarkt zu umgehen, hat die Wirtschaftskrise es gewöhnlichen Syrern nahezu unmöglich gemacht, dasselbe zu tun. Darüber hinaus hat die Schwierigkeit, Ausnahmeregelungen für Hilfsorganisationen zu erwirken, und die allgemeine Übererfüllung von Compliance-Auflagen die Bereitstellung humanitärer Hilfe z.B im Rahmen der COVID-19-Pandemie erheblich behindert. (SJAC, 2021) Dennoch sind die Organisationen davon überzeugt, dass die Sanktionen eines der wenigen verbliebenen Mittel sind, die Rechte von Syrerinnen und Syrern zu schützen. Allerdings müssen sie dazu permanent evaluiert und dort, wo erforderlich, verbessert werden. Ausnahmegenehmigungen müssen erweitert, Geldtransfers für humanitäre Belange verbessert und Ausnahmen für “dual use“-Güter und ein zeitweises Aussetzen der Sanktionen für bestimmte Sektoren ermöglicht werden:

“That some of the explicit goals of the Caesar Act are currently unattainable must bear on our reassessment of US sanctions, given that their role in contributing to the current crises in Syria is undeniable—even if it is difficult to precisely determine their impact.

Syrian human rights organizations have previously called for specific improvements to sanctions policy, which the undersigned organizations hope the Biden administration and the international community will work together to implement. We specifically call upon the United States to:

- *Issue comfort letters that allow humanitarian organizations to access financial services;*
- *Facilitate the payment of remittances to civilians and humanitarian organizations in Syria, along the lines of the UK-Somalia Safer Corridor Initiative.*
- *Grant temporary exemptions on the importation of so-called “dual-use” goods, such as nitrous oxide (necessary for medical anesthesia, but also potentially for explosives);*
- *Consider temporarily waiving certain sectoral sanctions in exchange for concrete outcomes laid out in the Caesar Act, such as unimpeded humanitarian access.*

Further, we call upon the international community to:

- *Negotiate alternative trading channels similar to the Swiss Humanitarian Trade Agreement, which facilitated aid provision to Iran despite international sanctions;*
- *Conditionally support and monitor the WHO’s COVID-19 relief efforts in Syria.” (SJAC, 2021)*

In einem am 8. April 2020 beim syrischen Menschenrechtsnetzwerk “Syrian Network for Human Rights” veröffentlichten Positionspapier zu den Syrien-Sanktionen stellen 20 Organisationen ihre grundsätzliche Haltung zu den Sanktionen klar:

Sanktionen sind ein wirksames Mittel, infolge dessen Beteiligte an Kriegs- und Menschenrechtsverbrechen zur Rechenschaft gezogen werden können. Sie können wirksamen Druck auf syrische Machthaber und mit dem Regime eng verbundene Geschäftsleute ausüben. Sie sind aber kein Ersatz für reguläre Gerichtsverfahren und einen glaubhaften politischen Übergangsprozess (transitional justice). (SNHR, 2020)

Es besteht kein Zweifel daran, dass insbesondere pauschale sektorale Syrien-Sanktionen Kollateralschäden anrichten und die syrische Bevölkerung hart treffen. Doch die Behauptung, dass die Sanktionen die Ursache für die Wirtschaftskatastrophe in Syrien seien, wie es das Regime und seine Unterstützer verkünden, ist falsch. Die Hauptursache liegt bei der Zerstörung der Infrastruktur durch den Krieg des Regimes, die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen durch das Regime und die dadurch erzwungene Flucht und Abwanderung von Fachkräften, die Kapitalflucht in andere Länder und beim Absturz der syrischen Währung. (SNHR, 2020)

Ausdrücklich sprechen sich die Autoren für die Beibehaltung der gezielten Sanktionen gegen einzelne Personen aus, denen Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen zugeschrieben werden.

“As for lifting the sanctions at the present time without any alternative accountability mechanisms, it means rewarding the Syrian authorities for their crimes and refinancing them. This will lead to the continuation of international crimes and human rights violations, and in particular, violations related to the refugees' right to property and to return to their original places of residence, and as for the result, it will help to rehabilitate the crimes of the Syrian authorities, and it will divert attention from holding perpetrators of crimes and human rights violations in Syria accountable”. (SNHR, 2020)

Eben weil die Sanktionen aber die Situation der Bevölkerung in Syrien unbeabsichtigterweise verschlechtern, ist es notwendig, dass diejenigen Länder, welche Sanktionen gegen das syrische Regime verhängt haben, die Wirkung der Sanktionen regelmäßig und in enger Kooperation mit der syrischen Zivilgesellschaft evaluieren und Maßnahmen ergreifen, die humanitäre und medizinische Versorgung sicherstellen. Dabei müssen humanitäre Ausnahmen wesentlich vereinfacht werden. Dabei muss aber ebenso ausgeschlossen werden, dass - wie es derzeit geschieht - das Regime die Chance bekommt, finanzielle Ressourcen in die Hände derjenigen zu lenken, die bereits wegen Menschenrechtsverbrechen auf der Sanktionsliste stehen (SNHR, 2020)

Fazit

Dass die Syrien-Sanktionen negative Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung in Syrien haben, ist eine Tatsache, die niemand bestreitet. Deswegen können und müssen die wirtschaftlichen Maßnahmen gegen das Assad-Regime auf ihre Zielsetzung, Wirksamkeit und Verhältnismäßigkeit hin regelmäßig kritisch überprüft werden.

Bei der gegenwärtigen Kritik, vor allem aus Assad-nahen kirchlichen Kreisen, handelt es sich jedoch nicht um eine kritische Bestandsaufnahme, sondern um den klaren Versuch, das Assad-Regime zu rehabilitieren und eine Ahndung seiner Verbrechen zu erschweren. Die Forderung nach einer bloßen Aufhebung der Sanktionen geht an der Wirklichkeit in Syrien weit vorbei, denn sie läßt die Hauptursachen der Wirtschaftsmisere ebenso außer Acht, wie die Ausnahmen der Sanktionen im Bereich humanitärer Hilfe und medizinischer Versorgung.

Der wesentliche Punkt ist aber der, dass bei dieser Art von “Sanktions-Kritik” differenzierte Stimmen aus der Syrischen Zivilgesellschaft, welche die Sanktionen ebenfalls kritisieren, aber konkrete Lösungen anbieten, keine Rolle spielen. Stellungnahme von Organisationen und Initiativen aus der syrischen Zivilgesellschaft sind online leicht zugänglich. Es kann davon ausgegangen werden, dass diese den Verfassern von “Sanktions-Kritik” bekannt sind.

Der Grund ist klar: Es braucht weiterhin wirksame Instrumente, den ungehinderten Zugriff des Regimes auf die Ressourcen des Landes zu verhindern und Druck in Hinblick auf einen demokratischen rechtsstaatlichen politischen Übergang (transitional justice) und der damit einhergehenden Ahndung schwerster Verbrechen (accountability) aufzubauen.

Quellen

- CCA 2021: Ayman Abdel Nour. [aabnour]. (2021, 10. Februar). Arab Christians against lifting the sanctions on the Syrian regime... [tweet]. Twitter.
<https://twitter.com/aabnour/status/1359760908210237440>
- CSI 2021a: Christian Solidarity International (CSI). „Syrien: Allianz gegen Wirtschaftssanktionen“. www.csi-de.de, 26. Januar 2021, Abgerufen am 17.02.2021 von: csi-de.de/artikel/syrien-allianz-gegen-wirtschaftssanktionen.
- CSI 2021b: Christian Solidarity International (CSI). „Wer sind wir?“. www.csi-de.de. 16. Januar 2021, Abgerufen am 17.02.2021 von: csi-de.de/wer-sind-wir.
- Douhan 2021: Douhan, Alena. „OHCHR | US must remove sanctions and allow Syria to rebuild – UN expert“. www.ohchr.org, 29. Dezember 2020, Abgerufen am 17.02.2021 von: www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=26630&LangID=E.
- SJAC 2020: Syria Justice and Accountability Centre. Sanctions, the Caesar Act, and COVID-19 in Syria - Policy Analysis and Recommendations. Washington, DC, SJAC, 2020. Abgerufen am 17.02.2021 von: https://syriaaccountability.org/wp-content/uploads/Sanctions-the-Caesar-Act-and-COVID_0617.pdf
- SJAC 2021: Syria Justice and Accountability Centre. „Syrian Organizations Respond to the UN Special Rapporteur on Unilateral Coercive Measures“. www.syriaaccountability.org, 26. Januar 2021, Abgerufen am 17.02.2021 von: syriaaccountability.org/updates/2021/01/26/syrian-organizations-respond-to-the-un-special-rapporteur-on-unilateral-coercive-measures.
- SNHR 2020: Syrian Network for Human Rights. “A Position of Syrian Civil Society Organisations on The Sanctions Imposed on Syria”. www.sn4hr.org, SNHR, 9. April 2020, Abgerufen am 17.02.2021 von: https://sn4hr.org/wp-content/pdf/english/A_Position_of_Syrian_Civil_Society_Organisations_on_The_Sanctions_Imposed_on_Syria_en.pdf